Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 2. Wir gestalten Migration und Integration menschenwürdig

Antragsteller*in:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02.-04. Februar 2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir gestalten Migration und Integration menschenwürdig

Offenheit und Vielfalt sind eine Bereicherung für unser Land. Wir BÜNDNISGRÜNE gestalten die moderne Einwanderungsgesellschaft mit ihren Chancen und stellen uns dabei verantwortungsbewusst den Herausforderungen. Migration ist ein Prozess, den es immer schon gab und der uns auch in Zukunft zunehmend begleiten wird.

Wir verteidigen das Recht auf Asyl und setzen uns für umfassende gesellschaftliche Teilhabe und einen menschenwürdigen Umgang mit den hier lebenden geflüchteten Menschen ein. Es ist unsere Aufgabe, Menschen, die bei uns Schutz suchen vor Krieg und Verfolgung, vor Tod und Folter, vor Hunger und Naturkatastrophen zu helfen. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.

Für uns beginnt dies mit einer modernen, gut ausgebauten und leistungsfähigen Erstaufnahme. Hierbei setzen wir weiter auf starke und ausreichend finanzierte Kommunen, die ihren staatlichen Aufgaben in der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten dauerhaft gerecht werden können. Geflüchteten und ihren Familien soll ein selbstbestimmtes Leben in Thüringen möglich sein. Zur gelingenden Integration braucht es ausreichende Sprachkurse, durchgängige Beratung, faire Verfahren und ein abgestimmtes Behördenhandeln im Sinne der hier lebenden Menschen. Und natürlich eine Willkommenskultur, die die zu uns kommenden Menschen annimmt und integriert.

Zusätzlich braucht Thüringen in den kommenden Jahren weitere Zuwanderungen. Allein bis 2035 scheiden etwa 385.000 Menschen aus dem Arbeitsleben aus. Etwa 138.000 Stellen können dabei nach aktuellen Prognosen nicht nachbesetzt werden. Dieser Arbeitskräftemangel stellt uns als Gesellschaft vor große Herausforderungen – Thüringen muss sich deshalb aktiv auf dem internationalen Arbeitsmarkt bemühen, um im weltweiten Wettbewerb um Arbeitskräfte standhalten zu können.

Kernziele:

- Menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in dezentralen Wohnungen
- Bedarfsgerechter Ausbau und Modernisierung von Kapazitäten in der Erstaufnahme
- Zugang zu Beratung, Bildung und Teilhabe am Arbeitsmarkt von Anfang an
- Rahmenbedingungen für Integration durch Integrations- und Teilhabegesetz verbessern
- Fachkräfteeinwanderung ermöglichen und Willkommenskultur in Behörden (siehe Kapitel Wirtschaft)

Sicher und gut ankommen

In den letzten Jahren erleben wir steigende Zahlen von Asylsuchenden. Der Angriffskrieg in der Ukraine hat außerdem gezeigt, wie plötzlich und dynamisch sich Ankunftsgeschehen verändern können. Um Geflüchtete aufzunehmen, müssen in allen Bundesländern mehr Unterbringungsplätze geschaffen werden. Auch in Thüringen haben viele ukrainische Geflüchtete noch immer keine eigene Wohnung gefunden, was in der Folge zu vollen Erstaufnahmeeinrichtungen und insgesamt zu wenig Kapazitäten der Kommunen in der Anschlussunterbringung führt. Mit der Schaffung neuer Plätze in der Erstaufnahme, einer verbesserten Kostenerstattung an die Kommunen und einer entschiedenen Förderung der dezentralen Unterbringung in Wohnungen wollen wir Rahmenbedingungen für ein gutes und sicheres Ankommen der nach Thüringen geflüchteten Menschen sicherstellen. Unser Ziel für Thüringen: ein modernes, leistungsfähiges und menschenwürdiges Unterbringungssystem.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Modernisierung, Ausbau und Schaffung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen mit dem Ziel, die derzeitigen Erstaufnahmekapazitäten bedarfsgerecht zu erhöhen
- Unterkünfte an den Ansprüchen der Menschen ausrichten, Barrierefreiheit und Privatsphäre gewährleisten
- Im Rahmen der Aufnahme und Verteilung besondere Schutzbedarfe zu Beginn feststellen und durchgängig berücksichtigen, Familientrennung unbedingt vermeiden
- Aufenthalt in der Erstaufnahme so kurz wie möglich gestalten, Aufhebung der Wohnverpflichtung in der Erstaufnahmeeinrichtung
- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, finanzielle Förderung zur Wohnraumbereitstellung ausweiten (siehe Kapitel Wohnen)
- Geflüchteten private Wohnsitznahme während der Anschlussunterbringung ermöglichen
- Finanzierung und dadurch die Verfügbarkeit der Sozialbetreuung von Asylsuchenden in den Kommunen verbessern
- Regelmäßige Überprüfung der Unterbringungsstandards und Sicherstellung von Lernorten für geflüchtete Schüler*innen und Auszubildende
- Stärkung der behördenunabhängigen Asylverfahrens- und Migrationsberatung, Fortführung und weiterer Ausbau des Landesprogramms Dolmetschen
- Für besonders schutzbedürftige Geflüchtete (Opfer von Menschenhandel, Queere, Traumatisierte, Behinderte, allein reisende Frauen, unbegleitete minderjährige Geflüchtete etc.) spezialisierte Beratungs- und Unterstützungsangebote etablieren
- Förderung unabhängiger und ehrenamtlicher Unterstützungsnetzwerke

Mit Integration, modernen Verwaltungsstrukturen und positiver Willkommenskultur Thüringens Vielfalt gestalten

Migration gehört zu unserem Alltag und prägt unser Zusammenleben. Unsere Gesellschaft ist eine Einwanderungsgesellschaft und auch Thüringen wird zunehmend vielfältiger. Für uns kommt es daher darauf an, dass wir diese Vielfalt positiv gestalten. Dies setzt die gleichberechtigte politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Migrant*innen voraus, damit die Menschen, die hier leben, sich bei uns einbringen, hier arbeiten und sich ein sicheres und selbstbestimmtes Leben aufbauen können.

Dafür möchten wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und in gegenseitiger Anerkennung und Respekt die Integration für alle hier lebenden Menschen möglich machen. Dies zu erfüllen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller. Vor allem braucht es eine positive Willkommenskultur, ausreichend Kitaplätze, eine

unbürokratische digitale Verwaltung und ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht auf Bundesebene. Der entschlossene Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus ist elementar für eine echte Willkommenskultur. Der entschlossene Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus ist für uns elementar für eine echte Willkommenskultur.

Die zunehmend wachsende Zahl von Migrant*innenorganisationen unterstützen und fördern wir. Ehrenamtliche Strukturen, die in den letzten Jahren im Bereich Willkommenskultur und Integrationsarbeit viel geleistet haben, möchten wir durch Stärkung staatlicher Strukturen unterstützen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gewährleistung von Sprachkursen für alle Geflüchteten, die keinen Zugang zum Integrationskurs haben, unabhängig von der Bleibeperspektive
- Verstetigung und Ausweitung der Landesprogramme Start Deutsch, Start Bildung und Förderung der Herkunftssprache
- Verankerung eines bedingungslosen Rechts auf Bildung zum Nachholen von Schulabschlüssen und Stärkung der Bildungsberatung für Geflüchtete
- Entlastung für die Kommunen und schnellere Verfahren zur Fachkräftezuwanderung und zur Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen in einem Amt für Migration
- Einführung eines stichtagsunabhängigen Spurwechsels und Ausweitung des Chancenaufenthaltsrechts
- Absicherung sämtlicher Integrationsmaßnahmen des Landes durch ein Integrationsfördergesetz
- Stärkung von Migrant*innenselbstorganisation und niedrigschwelliger Zugang zu Fördermöglichkeiten im Bereich Migration und Integration
- Interkulturelle und digitale Kompetenzen sowie Mehrsprachigkeit in den Kommunen und Ausländerbehörden fördern

Humanitäre Verantwortung übernehmen - Asylrecht verteidigen!

Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, bei der jeder einzelne Mensch zählt. Deshalb verteidigen wir das Grundrecht auf Asyl. Es ist Teil unserer Verfassung und eine Lehre aus der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. So setzen wir uns auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene dafür ein, dass dieses Grundrecht nicht weiter geschliffen und missachtet wird. Das Sterben an den europäischen Außengrenzen muss enden. Die faire und rechtsstaatliche Prüfung des Anspruchs auf Schutz und Asyl ist elementar.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Abschaffung des Konstrukts sicherer Herkunftsstaaten, denn das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten zielt darauf, Schutzsuchende aus diesen Ländern

schnell abzuschieben, indem nicht menschenrechtliche Tatsachen, sondern die pauschale Unterstellung fehlender Schutzgründe erfolgt

- Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete und Regionen, in denen es zu massiven Menschenrechtsverletzungen kommt oder in denen religiöse Minderheiten diskriminiert werden (bspw. Jesid*innen im Irak)

- Winterabschiebestopp für alle Länder, in denen die Betroffenen nach einer Abschiebung existenziell bedroht sind

- Fortführung von Landesaufnahmeprogrammen, die besonders schutzbedürftige Geflüchtete aus den katastrophalen Bedingungen an der europäischen Außengrenze oder anderen Drittstaaten herausholen